

Sind die Achtzigerjahre zurück?

Frankreich, Deutschland und Großbritannien in Europa

Mariano Barbato*



Wer sich an den Anfang der Achtzigerjahre des letzten Jahrhunderts erinnern kann, dem könnte die gegenwärtige Konstellation in Europa bekannt vorkommen. Damals sprach man schon von Eurosklerose, obwohl es den Euro noch gar nicht gab. Die ganze Europäische Gemeinschaft, wie die Union vor den großen Reformen noch hieß, war in die Jahre gekommen und schien zu zerfallen.

Comparaisons

Un regard sur les années 80 du 20^e siècle permet de trouver des ressemblances avec la crise actuelle de l'Europe, même si à l'époque l'euro n'existait pas encore et si l'Union européenne s'appelait alors Communauté.

L'auteur rappelle la situation dans la France de François Mitterrand, dans l'Allemagne (de l'Ouest) de Helmut Kohl et dans la Grande-Bretagne de Margret Thatcher – sans oublier la Commission européenne avec à sa tête Jacques Delors.

Réd.

In den 1970er-Jahren hatten sich die Europäer viel vorgenommen. Auch Pläne zu einer Währungsunion und erste Ansätze dazu gab es schon. Doch wenig war aus den großen Projekten geworden. Hinzu kamen Misserfolge in den Hauptfeldern der Integration. Kohleproduktion und Stahlindustrie befanden sich in einem schmerzhaften Umstrukturierungsprozess. Trotz Montanunion trug Margaret Thatcher ihren Kampf gegen die Kumpel weitgehend im Alleingang aus. In der Landwirtschaftspolitik war zwar der Modernisierungsprozess unter Brüsseler Ägide verlaufen, doch das hatte zu gravierenden Fehlanreizen und monströsen Butterbergen und Milchseen geführt. Damals wie heute war Europa Krise.

Doch nicht nur auf der europäischen Ebene lagen die Dinge im Argen, auch die Nationalstaaten hatten ihre Probleme:

In **Frankreich** war François Mitterrand als erster Sozialist zum Präsidenten der Fünften Republik gewählt worden. Sein linkes Wirtschaftsprogramm führte Frankreich in schwierige Turbulenzen. Das Schlagwort der Globalisierung begann sich erst langsam zu entwickeln, die internationale Interdependenz führte aber schon damals sozialistische Experimente schnell an ihre Grenzen. Präsident Hollande, der zweite Sozialist im Elysée, steht heute vor ähnlichen Problemen.

In **Großbritannien** kämpfte die Eiserne Lady mit der Handtasche und schwererem Gerät nicht nur gegen Gewerkschaften und um die Rückeroberung der Falklandinseln. Ihr Kampf galt auch einer Brüsseler Bürokratie, der sie unterstellte, die sozialistische Umverteilung durch die europäische Hintertür wieder einzuführen, die sie zuhause gerade mit aller Härte zurückdrängte. Mit der klaren Ansage „*I want my money back*“ begann sie den Streit für die heute als Britenrabatt bekannten Sonderregelungen. Ihr zweiter konservativer Nachfolger David Cameron kämpft nicht nur für den Erhalt des Britenrabatts, sondern geht gerade mit seinen grundsätzlichen Umstrukturierungsplänen für die EU auf Werbetour durch Europa. Britische Sonderwünsche, das Credo der Deregulierung und

* Dr. Mariano Barbato, Direktor des Zentrums für Europawissenschaften und Internationale Beziehungen an der rumänischen Babes-Bolyai-Universität Cluj-Napoca und Privatdozent an der Universität Passau, lehrt an beiden Universitäten Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Politische Theorie der Europäischen Integration und der Internationalen Beziehungen.

der Kampf gegen die Umverteilungsabsichten und Fehlsteuerungskonsequenzen einer überbordenden europäischen Bürokratie sind damals wie heute der Kern der Botschaft. Wenige hören sie gern.

In **Deutschland** sieht die Situation oberflächlich betrachtet etwas anders aus. Das Bundeskanzleramt ist von Bonn nach Berlin umgezogen, mit einem Zuwachs an machtpolitischem Gewicht. Darin sitzt auch kein gerade ins Amt gewählter Helmut Kohl wie Anfang der Achtzigerjahre, den seine europafreundliche Haltung nach einem europäischen Rahmen für seine Reformpläne Ausschau halten lässt. Die europäischen Partner haben es mit einer Bundeskanzlerin zu tun, die mit ruhiger, aber fester Hand das europäische Schiff durch den Sturm steuert. Sie gewinnt dabei das Vertrauen der Kapitalmärkte, reizt die Mannschaft jedoch zum Meutern. Heute noch mehr als damals ist Deutschland die politische Macht, die einen Kompromiss zwischen französischer und britischer Haltung zur Eurowirtschaft im Speziellen und der EU im Allgemeinen aushandeln muss. Heute noch mehr als damals ist Deutschland die ökonomische Macht, die die Hauptlast für die europäische Modernisierung der ärmeren Partner trägt. Aber ein daraus resultierendes deutsches Diktat hat sich keiner gewünscht, der in den Ruf des polnischen Außenministers nach deutscher Führung einstimmt. Dieses Mehr an Macht und Führungsverantwortung bei gleichbleibender Sensibilität der Partner und Selbstbezogenheit Deutschlands ist heute eine zusätzliche Schwierigkeit im Vergleich zu damals. Die bevorstehende Bundestagswahl wird aller Voraussicht keine Änderung der Person bringen, doch Angela Merkel würde sich nicht das erste Mal neu erfinden. Kohls europäische Konzilianz wird zurückkehren müssen in Stil und Substanz.

Initialzündung

Damals fand die schwierige deutsch-französisch-britische Konstellation aus der Krise heraus. François Mitterrand gab seine sozialistischen Experimente auf, durfte aber auf die Modernisierung durch eine französischsprachigen Brüsseler Spitze hoffen – und französischsprachig meint hier nicht nur den konkreten Sprachakt der

Parole, sondern die ganze Grammatik des französischen Geistes und seiner Denkstrukturen. Jacques Delors, sein Wirtschafts- und Finanzminister, wurde Präsident der Europäischen Kommission, vielleicht der erfolgreichste Präsident, den dieses Gremium und seine Vorläufer seit Jean Monnet hatten. Margaret Thatcher handelte nicht nur den Britenrabatt aus, sondern stärkte dem europäischen Integrationsprojekt auch sein marktorientiertes Rückgrat. Deregulierung wurde das Zauberwort für mehr wirtschaftliche Integration. Helmut Kohl brachte diesen britisch-französischen Ausgleich zustande. Im Rückblick ist die deutsche Ratspräsidentschaft von 1983 und der Stuttgarter Gipfel mit seiner Deklaration zur Europäischen Union die Initialzündung für den erfolgreichen Kompromiss gewesen, der 1986 in die Einheitliche Europäische Akte gegossen wurde. Sie führte zum Erfolg des Binnenmarkts 1992.

Nicht verschwiegen werden sollte aber, dass dieser Deal unter den Großen Drei auch die kleineren und vor allem ärmeren Staaten des Südens einbinden musste. Neben der Gründungs nation Italien und den in der ersten Beitrittswelle dazugekommenen Iren war Griechenland schon seit 1981 Mitglied. Spanien und Portugal traten gerade bei. Harvard-Professor Andrew Moravcsik spricht bei seiner Analyse des erfolgreichen Deals der Großen Drei von Ausgleichszahlungen für die ärmeren Partner. In die Strukturfonds und andere Instrumente flossen Mittel, die die potentiellen Verlierer des Binnenmarkts stärken sollten. Es war den Beteiligten klar, dass von einem freien und deregulierten Binnenmarkt vor allem die wettbewerbsfähigsten Volkswirtschaften profitieren würden, allen voran Deutschland. Die Stärkung der schwächeren Ökonomien war auch nicht nur als Vorbereitungshilfe für den Binnenmarkt angelegt, sondern sollte langfristig wirken. Aus den nicht ausbleibenden Fehlsteuerungen dieser Hilfen und den neuen potentiellen Dimensionen solcher Hilfen zogen die Väter des Euro einen radikalen Schluss. Unterstützung sollte es für schwächere Volkswirtschaften nur vor dem Beitritt zum Euro geben, nachher waren Strafzahlungen für schwächelnde Partner vorgesehen. Aus dem Scheitern des Stabilitätspakts und der Umkehrung der Strafzahlungen in Sonderkredite in der Eurokrise

wird jetzt der bemerkenswerte Schluss gezogen, dass ein noch rigideres System von Strafzahlungen ein Heilmittel für die Zukunft sein könnte. Eine Neuauflage der Einheitlichen Europäischen Akte müsste eher an die alte Tradition der Ausgleichszahlungen anknüpfen. Aber das wäre nur ein Teil der Lösung.

Hier mehr, da weniger Europa

Im Kern der Einheitlichen Europäischen Akte von 1986 setzen drei strategische Weichenstellungen das Binnenmarktprojekt um: Gegenseitige Anerkennung oder Deregulierung von Normen, Effizienz durch Mehrheitsentscheidungen, Aufwertung des Europäischen Parlaments zur demokratischen Kompensation der Mehrheitsentscheidungen. Erfolgreich waren Deregulierung und Mehrheitsabstimmung. Die Aufwertung des Europaparlaments konnte aber nicht das Demokratiedefizit beseitigen, das entsteht, wenn nationale Regierungen, die Repräsentanten der Souveränität des Volkes, in Mehrheitsabstimmungen unterliegen. In kritischen Situationen fühlt sich die souveräne Nation übergangen. Die europäischen Demokratien sind immer noch nationale Demokratien und nicht zu einem europäischen Demos vereinigt.

Wenn sich nicht nur die Krisenkonstellation, sondern auch die Dynamik der Achtzigerjahre wiederholen soll, stellt sich die Frage nach Anknüpfungsmöglichkeiten an damalige Lösungen. Im Kern steht heute wie damals eine Stärkung der Marktkräfte durch Deregulierung und Modernisierung an. Die komplexe Kreativität von Anerkennung verschiedener Standards und Mehrheitsentscheidungen zur Durchsetzung notwendiger Vereinheitlichungen wird noch zugespitzt werden müssen. Ganz im Sinne von Camerons Plan wird es auf der einen Seite mehr und auf der anderen Seite weniger Europa geben. Das meint nicht nur einen Unterschied von Renationalisierung und weiterer Europäisierung in verschiedenen Politikfeldern, sondern auch eine Verstärkung unterschiedlicher Partizipation der Mitgliedsländer. Großbritannien darf sich dauerhaft jenseits des Euro einrichten, während die Euro-Staaten eine Fiskalunion schmieden müssen. Mobilität von

Arbeit und Kapital muss europäisch gesichert sein, während es nationalen Vorlieben überlassen bleibt, wie Kapitalerträge oder -umsätze abgeschöpft und ob Quoten und Mindestlöhne durchgesetzt werden. Die notwendigen Strukturmaßnahmen in den schwächeren Ökonomien der Union werden jedoch nicht ohne massive Ausgleichszahlungen der prosperierenden Volkswirtschaften zu haben sein. Transferunion und Eurobonds sind verbrannte Begriffe. Die Kunst der Politik wird es sein, das gleiche Produkt unter neuem Namen zu verkaufen. Doch dieses Angebot wird seinen Preis haben. Es wird eines europäischen Haushaltskommissars bedürfen, der keine Strafen verhängt, aber Haushalte jenseits einer kritischen Linie absegnen muss und Nachtragshaushalte einfordern kann. Gehen die betroffenen Parlamente nicht darauf ein, erfolgt ein Einfrieren der Ausgaben nach dem Vorbild des gegenwärtig laufenden amerikanischen Sequesters.

Die nationalen Parlamente hätten dann keine vollständige Souveränität mehr über ihren Haushalt. Die Eurokrise hat gezeigt, dass dies faktisch schon der Fall ist und wie eng die Spielräume für nationale Parlamente sind. Zypern hat aber auch gezeigt, dass die nationalen Parlamente in der Lage sein können, kleine Spielräume effektiv zu nutzen. Gegenseitiger Respekt und der Wille zum Konsens wird gerade unter den verschärften Bedingungen die Grundlage sein. Konkret wäre der neue Ort der Souveränität im Verhältnis von nationalen Parlamenten und einem europäischen Haushaltskommissar fein auszutarieren. Eine grundlegende Beziehung ließe sich schaffen, wenn dieser neue starke Mann von einer Deputierten-Versammlung aller nationalen Parlamente gewählt würde und vom Europäischen Parlament zu bestätigen wäre.

Vielleicht ist es gar nicht schade, dass Frankreich derzeit keinen Mann vom Format eines Charles de Gaulles hat, um die Rolle dieses Kommissars zu übernehmen. Sonst hätte am Ende Karl Marx Recht und die Tragödie der Geschichte würde sich als Farce wiederholen. Aber vielleicht ist irgendwo eine Frau in der zweiten Reihe, die das Zeug hat, ein neuer Delors zu werden. Dann könnte sich Geschichte als Erfolgsgeschichte wiederholen.